



Landesrat Achleitner: Lieferketten-Gesetz - erneute Vertagung der Abstimmung bringt Chance auf sinnvollen Kompromiss

Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner: „Zielsetzungen der EU-Lieferkettenrichtlinie sind richtig, aber die Umsetzung muss so gestaltet werden, dass Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsplätze in Europa gesichert bleiben“

„Selbstverständlich ist es keinesfalls akzeptabel, dass Unternehmen etwa von Kinder- oder Zwangsarbeit bzw. Umweltzerstörung profitieren. Aber ihnen deshalb noch mehr Bürokratie aufzubürden ist für die Betriebe nicht nur kaum umsetzbar, sondern aufgrund der zusätzlichen Kosten auch ruinös. Daher sind die Zielsetzungen des von der EU geplanten Lieferkettengesetzes zwar sinnvoll, aber die Umsetzung muss so gestaltet werden, dass Wettbewerbsfähigkeit und damit Arbeitsplätze in Europa gesichert bleiben“, appelliert Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner im Hinblick auf die nun neuerlich verschobene Abstimmung über die geplante EU-Richtlinie zur Lieferkettensorgfaltspflicht. „Es muss hier ein Kompromiss gefunden werden, durch den eine Überforderung der Unternehmen verhindert wird“, stellt Landesrat Achleitner klar.

Die Lieferkettenrichtlinie war auch Thema bei einem Arbeitsgespräch zwischen Bundesminister Martin Kocher und Landesrat Achleitner: „Österreich unterstützt die Ziele der Lieferkettenrichtlinie ausdrücklich. Sehr viele heimische Unternehmen wirtschaften seit Jahrzehnten nachhaltig und verantwortungsvoll. Daher hat sich Österreich auch mit dieser Erfahrung stark in die Verhandlungen auf europäischer Ebene eingebracht. Dass die Abstimmung über die Lieferkettenrichtlinie vertagt wurde, zeigt, dass neben Österreich auch zahlreiche andere Länder Bedenken an der Umsetzbarkeit des vorliegenden Entwurfs hatten. Wir haben weitere Verhandlungen gefordert und begrüßen, dass die Gespräche nun wiederaufgenommen wurden. Österreich bringt sich nach wie vor konstruktiv ein und unterbreitet Vorschläge, wie die

Zielsetzungen der Richtlinie aus Sicht Österreichs am besten erreicht werden können“, so Kocher.

„Die meisten Firmen verfügen über mehrere dutzend, wenn nicht über hunderte oder gar tausende Zulieferer. Diese alle zu überprüfen wäre für die Unternehmen sowohl vom Aufwand als auch den Kosten nicht zu stemmen. Hier muss dringend dafür Sorge getragen werden, dass nicht über das Ziel hinausgeschossen wird. Denn wenn europäische Betriebe Geschäftszweige aufgrund dieser Vorgaben gänzlich aufgeben müssen, dann wäre das nicht nur für diese existenzgefährdend, sondern es würde auch die Situation in den Zulieferländern nicht verbessern“, unterstreicht Landesrat Achleitner.

„Eine mögliche Kompromisslösung hat das vom Wirtschaftsministerium und dem Land OÖ initiierte Lieferketten-Forschungsinstitut ASCII aufgezeigt: Einerseits sollten sich die Gesetzgeber auf das direkte Monitoring von Zulieferern anstelle bilateraler Lieferbeziehungen konzentrieren. Andererseits sollten Negativ- und Positivlisten eingeführt werden, um die Monitoringprozesse zu vereinfachen. Das steigert die Effektivität und senkt die Kosten für EU-Importeure“, erläutert Landesrat Achleitner.

„Die EU wäre gut beraten, ihre Regulierungswut hier rechtzeitig einzubremsen, denn andernfalls setzt sie die Glaubwürdigkeit der Idee des gemeinsamen Europas und damit des europäischen Friedensprojektes auf das Spiel“, warnt Landesrat Achleitner.

Rückfragen-Kontakt:

Michael Herb, MSc, Presse LR Achleitner

(+43 732) 77 20-151 03, (+43 664) 600 72 151 03, michael.herb@ooe.gv.at